



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/119 - 26.5.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Des Kanzlers geminderte Autorität | S. 1 |
| Nach dem Ausscheiden von Mendès-France | S. 3 |
| Kampf um die Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein | S. 5 |

Zwischen Rückschlägen und Auslandsreisen

sp. Die Beispiele, an denen sich zeigt, wie sehr die Autorität des Kanzlers auch im Kreise seiner politischen Freunde zurückgegangen ist, häufen sich. Und die Erkenntnis des Kanzlers, dass dem so ist, verleitet ihn zu Bruskierungen und Schärpen, die die Sache jeweils nur schlimmer machen. Zu weit vorgeprescht, sieht er sich zum Rückzug genötigt, was wiederum nicht dazu beitragen kann, seine Position zu stärken.

Das letzte Glied in dieser Kette von Rückschlägen, die mit dem Scheitern des berüchtigten Grabensystems begann und über die Niederlage von Düsseldorf zur Wahl eines höchst unerwünschten Begleitkommandos für ihn als Vorsitzenden der CDU in Stuttgart führte, ist nun die Auseinandersetzung mit den beiden einflussreichsten Männern seiner Regierung, die gezeigt hat, wo die Grenzen seiner Macht auch hier liegen. Die Ehrenerklärung für Erhard - das Gespräch mit Schäffer steht noch aus - muss dem Kanzler nicht leicht gefallen sein, aber sie ist wohl unumgänglich gewesen. Der persönliche Bruch scheint einstweilen überbrückt, der schwere Ärger über diesen Konflikt, bei dem er zunächst nachgeben musste, wird beim Kanzler noch lange nachwirken.

Nun wird Dr. Adenauer in wenigen Tagen zuerst zu einer Begegnung mit dem französischen Ministerpräsidenten Mollet nach Luxemburg fahren, dann am 8. Juni nach den USA fliegen. Bei dem ersten Gespräch geht es um die abschließende Fixierung der in langwierigen Verhandlungen zwischen den Staatssekretären Hallstein und Faure vorbereiteten - 2 -

Saarregelung. Was aber steht in den USA auf der Tagesordnung?

Seit Wochen tauchen Berichte auf, die wissen wollen, dass der Westen mit Eifer an einer neuen Initiative in der Deutschlandfrage arbeite. Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass der westdeutsche Botschafter Haas demnächst in Moskau den Standpunkt der Bundesregierung darlegen soll, werden Möglichkeiten erörtert, wie dieser Schritt durch die Diplomatie der Westmächte wirksam unterstützt werden kann. Dabei geht es aber vor allem offenbar um die Form, die man für die nützlichste hält, nicht um einen neuen Inhalt dessen, was man vorzuschlagen hat. Es ist sogar ganz ungewiss, wie ernst man es mit der Erkundung der sowjetischen Absichten in dieser Frage meint. Viel Druck dürfte hinter alledem kaum stehen, wenn man bedenkt, dass alle bundesrepublikanischen Erklärungen und Kommentare und überwiegend auch die der übrigen westlichen Mächte in dieser Sache auf den Tonor gestimmt sind: Es hat ja doch keinen Zweck.

So ist es kein Wunder, dass mancherorts Überlegungen über den tieferen Sinn dieser neuen westlichen Aktivität im allgemeinen, wie im besonderen den der Reise des Bundeskanzlers angestellt werden. In einer führenden westdeutschen Tageszeitung wurde das kürzlich so umschrieben: Ein optisches Gewicht gegen die von den Russen zur Schau gestellte Aktivität zu schaffen und zu demonstrieren, dass die deutsche Frage nicht von der internationalen Tagesordnung verschwunden ist. Als ein anderes Moment, das vor allem für den Kanzler bestimmend sein dürfte, wird die Rücksicht auf die langsam näherkommenden Bundestagswahlen genannt. Genauer gesagt, seine Absicht, noch einmal eine ausdrückliche feierliche Garantie der amerikanischen Regierung nach Hause zu bringen, sie werde mit allen Kräften weiterhin für eine deutsche Wiedervereinigung wirken - alles das untermauert von dem Kulissengeräusch einer Betriebsamkeit, die nur Wiederholungen des eigenen Standpunktes, nicht aber Elemente eines vorwärtsdrängenden Verhandlungswillens aufweist. Wenn man ausserdem bedenkt, dass z.Zt. die offiziellen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau so eisig sind, wie man es nach dem September vorigen Jahres auch in den bösesten Träumen nicht erwarten konnte, dann wird man sich ein Bild von der Ernsthaftigkeit und den Aussichten dieser neuesten Aktivität in der Deutschlandfrage machen können.

Diese Skepsis werden nicht immer neue Betuerungen des besten Willens, sondern nur praktische Vorschläge für gangbare Wege, die zu beschreiten man wenigstens versuchen muss. Und immer wieder ist zu sagen, dass hier die Bundesregierung die Pflicht hätte, mit Überlegungen und Anregungen voranzugehen. Und dass sie diese Pflicht bisher versäumt hat.

* * *

*zerstreuen können

Regierung Mollet in der Zwickmühle

b.v. Paris, Ende Mai

Am 3. Juni wird die Sozialistische Partei Frankreichs eine Tagung abhalten. Schon jetzt gilt es als feststehend, dass bei dieser Gelegenheit die Parteispitze, d.h. vor allem der jetzige Ministerpräsident Guy Mollet, heftiger Kritik ausgesetzt sein wird, die in engem Zusammenhang mit dem am 23. Mai erfolgten Rücktritt des Staatsministers Mendès-France steht. Pierre Mendès-France, früherer Ministerpräsident, Vizepräsident der Radikalen Partei - und damit in Wirklichkeit Parteichef - warf der Regierung vor, in Algerien nicht so vorzugehen, wie dies zwischen Sozialisten und Radikalen anlässlich der Wahlkampagne im letzten Dezember abgesprochen und der Öffentlichkeit verkündet worden war. Derselbe Vorwurf wird innerhalb der Sozialistischen Partei erhoben.

Was in Algerien bisher geschieht, ist der Versuch, einen sich mit Vehemenz ausbreitenden Aufstand niederschlagen. Was jedoch gemäss dem Wahlprogramm der Sozialisten und Radikalen, d.h. der jetzt regierenden Republikanischen Front, geschehen sollte, war eine Kombination von militärischem Vorgehen und Verhandlungen bei gleichzeitiger Einführung durchgreifender Sozialreformen. Gewiss haben viele Sozialisten und noch mehr Radikale jedoch am Vorgehen der Regierung in Algerien gar nicht viel auszusetzen, soweit es um das rein Militärische geht. Sie hoffen, dass die Aufständischen besiegt werden können, und Algerien dadurch französisch bleiben wird. Dennoch sind sich auch diese Politiker darüber klar, dass mit der militärischen Niederwerfung des Aufstandes nicht auch der Geist der Rebellion ausgerottet wäre. Vielmehr fürchten sie, dass an die Stelle des mehr oder weniger offenen Kampfes ein von einzelnen Individuen durchgeführter Terror treten kann. Die unausbleibliche Folge wäre ein von bestimmten Rechtsgruppen der europäischen Bevölkerung geführter Gegenterror unvorherzusehender Ausmasses.

Nun sitzen aber nach Meinung der Kritiker, und nicht zuletzt auch nach Meinung von Mendès-France, zahlreiche "Aufputscher" in der algerischen, d.h. französischen Verwaltung, selbst. Mendès-France hatte daher eine "Reinigung" der Verwaltung verlangt, Mollet jedoch hat sie, im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Lacoste - ebenfalls Sozialist - abgelehnt. Nach ihrer Meinung geht es nicht darum, gewisse Persönlichkeiten abzulösen, sondern darum, die Struktur der Verwaltung zu ändern;

diese Auffassung bezeichnen die Kritiker ganz robust als Angst vor den in den Ämtern mächtigen Reaktionären.

Ferner hatte Mendès-France sowohl eine Bodenreform wie eine Reform des Agrarkredites verlangt, und die Kritiker im sozialistischen Lager gaben und geben ihm recht. Mollet jedoch wies darauf hin, dass die Bodenreform, d.h. die Enteignung riesiger, nicht ausgenutzter Ländereien zu Gunsten kleiner arabischer Bauern, beschlossen sei, dass die Ausarbeitung der Einzelheiten jedoch Zeit erfordere. Auch sei die Reform der Agrarkredite eine beschlossene Sache.

Die Kritiker hingegen sind der Meinung, dass in so kritischen Zeiten ein Beschluss erst dann die erwarteten Folgen zeitigen kann, wenn er in die Tat umgesetzt ist, und dass die Regierung in den beinahe fünf Monaten, die sie am Ruder ist, in allen nicht-militärischen Fragen lediglich Beschlüsse gefasst hat, die auf dem Papier stehen und daher wirkungslos bleiben. Ausserdem habe die bisherige Politik dahin geführt, dass es keinen Verhandlungspartner in Algerien selbst gibt.

Die Führer sitzen in Kairo

Die wirklichen Führer des Aufstandes sitzen nicht in irgendeinem Winkel Algeriens, sondern in Kairo. Verhandlungspartner im französischen Sinne aber sind diese Exilpolitiker keinesfalls, denn jede Verhandlung würde bereits an ihrer ersten Forderung scheitern: Unabhängigkeit für Algerien. Die Kritiker in der Radikalen wie in der Sozialistischen Partei jedoch sind der Meinung, Algerien solle französisch bleiben und könne es bleiben, wenn man sich an das Programm hielte, das in der Wahlzeit verkündet wurde, d.h., wenn man der Masse Mensch in Algerien zeigte, dass wirklich durchgreifende Reformen in Angriff genommen sind, Reformen, die den als reaktionär und kolonialistisch geltenden europäischen Gruppen allerdings keineswegs gefallen können.

Die am 23. Mai erfolgte Demission von Mendès-France wird sich daher am 3. Juni bei der inner-sozialistischen Diskussion deutlich auswirken. Die Bedeutung dieses Rücktritts wird darin gesehen, dass ein Mann von internationalem Ansehen, ein ebenso anerkannter wie geschätzter Politiker sagte, was die Opposition innerhalb der stärksten Regierungspartei mit solcher Deutlichkeit nicht auszudrücken vermochte. Was er sagte, ist sinngemäss etwa dies: So geht es nicht, und so -5-

geht es besonders dann nicht, wenn Parteien regieren, die als liberal und demokratisch gelten, und die darauf achten sollten, diesen Ruf nicht zu gefährden oder gar zu verlieren.

* * *

"Aktion Elternschreck"

mu, Kiel

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Kieler Landtag, Käber, hat von der schleswig-holsteinischen CDU/BHE/FDP-Koalitionsregierung und besonders von dem neuen Kultusminister Osterloh (CDU) eine "zweckentsprechende und gegenwartsnahe Regelung für eine tatsächliche Lernmittelfreiheit" gefordert. Gegenwärtig gibt es in Hamburg, Bremen und Berlin eine vollständige Lernmittelfreiheit. In den Bundesländern Bayern und Hessen ist sie nur geringfügig eingeschränkt und so gut wie vollständig. Baden-Württemberg und neuerdings auch Nordrhein-Westfalen bereiten eine stufenweise Schulbuch- und Lernmittelfreiheit für die Schüler aller Schularten vor. Nur in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen besteht sie noch nicht.

Schleswig-Holstein hat teilweise Lernmittelfreiheit, die äusserst kompliziert ist. Sie wird, nach acht Schulgruppen gestaffelt, zwischen 45 und 80 Prozent der Schüler gewährt und bedingt wegen der Kompliziertheit einen sehr erheblichen Verwaltungsaufwand.

Durch diesen Verwaltungsaufwand ist die Angelegenheit mit der Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein auch ins Rollen gekommen. Das Kultusministerium verteilte in diesen Wochen 350 000 blaue Fragebogen, welche die Eltern ausfüllen, die Lehrer prüfen und die Schulleiter oder Kommunalverwaltungen zur Genehmigung der Lernmittelfreiheit vorgelegt erhalten sollten.

Lernmittelfreiheit wird in Schleswig-Holstein bei Einkommen gewährt, die unter dem dreifachen Fürsorgeertragsatz liegen. Um das zu ermitteln, wurden äusserst komplizierte Fragen gestellt, die niemand zu erfassen vermochte und die einen Sturm der Entrüstung unter der Eltern- und Lehrerschaft des Landes ausgelöst haben, zumal in die persönlichen Einkommensverhältnisse eingedrungen und das Steuergeheimnis gefährdet wird.

Käber hat das ganze Verfahren "Aktion Elternschreck" genannt -6-

und die Landesregierung aufgefordert, die Fragebogenaktion abzustoppen und die Bogen einzustampfen. Die Fragebogen-Aktion laufe darauf hinaus, Kinder der öffentlichen Schulen in zwei Gesellschaftsklassen aufzuspalten und die Schule durch Verwaltungsarbeiten ihrer eigentlichen Aufgabe zu entziehen.

Nach einer vorläufigen Berechnung der SPD-Fraktion kostet die Einführung der völligen Lernmittelfreiheit den Schulträgern jährlich eine Million DM mehr als die bedingte Lernmittelfreiheit. Dabei können aber die gegenwärtigen Verwaltungskosten in Höhe von 1,75 Millionen DM in erheblichen Masse eingespart werden.

Die Themen "Aktion Elternschreck" und "Lernmittelfreiheit für jeden Schüler" werden am 28. Mai im Kieler Landtag zur Sprache kommen. Es wird sich dann zeigen, ob die schleswig-holsteinische Koalitionsregierung den meisten anderen Bundesländern folgen will. Besonders interessant dürfte dabei die Einstellung des BHE sein.

* * *

Die Macht des stärkeren Kontos

Über die Vorgänge bei den Freien Demokraten in Hessen berichtete kürzlich die "Frankfurter Neue Presse":

"...Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die sogenannte Fördergesellschaft den Freien Demokraten die weitere finanzielle Hilfestellung versagt hat, sagen soll die FVP nach einer Erklärung Dr. Kohns mit erheblichen Mitteln ausgestattet sein. ..."

Aus der Landtagsfraktion der Partei ist bisher nur der ehemalige stellvertretende Reichsstudentenführer der NSDAP, Dr. Derichsweiler, ausgeschieden, obwohl er noch acht Tage vorher versichert haben soll, dass er keiner neuen Partei beitreten, sondern sich aus dem politischen Leben zurückziehen und sein Landtagsmandat niederlegen wolle. Als Finanzwerber der Freien Demokraten kann er nun der neuen Partei seine Erfahrungen zur Verfügung stellen. Einen besonderen Einfluss auf die Entscheidung Derichsweilers soll die Förderungs-gesellschaft genommen haben. ..."

Man sagt zwar zu Unrecht, dass Gott immer bei den stärkeren Bataillonen stehe. Aber für die Handlanger der CDU trifft es zu, dass sie immer dort stehen, wo die stärkeren Konten sind.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau